



Tägliche Omaha Tribune

PUBLISHED AND DISTRIBUTED UNDER PERMIT (No. 364), AUTHORIZED BY THE ACT OF OCTOBER 3, 1917, ON FILE AT THE POST OFFICE OF OMAHA, NEBR. BY ORDER OF THE POSTMASTER A. S. BURLINSON, POSTMASTER-GENERAL

36. Jahrgang.

Omaha, Nebr., Montag, den 26. April 1920

4 Seiten—No. 37

Graf Persner macht Alliierten Vorschläge

Die in britischen und deutschen Häfen liegenden konfiszierten Schiffe sollen Deutschland für Handelszwecke überlassen werden

Preussische Landeskirche dankt Ex-Kaiser Wilhelm

Berlin, 26. April.—Graf von Persner verweist darauf, daß eine beträchtliche Anzahl kleinerer Schiffe, zumeist Frachtschiffe von 1600 Tonnen, seit dem Waffenstillstand unbenutzt in britischen Häfen liegen, um an die Alliierten verteilt zu werden. Eine gleiche Anzahl Schiffe liegt unbenutzt in deutschen Häfen; aber auch diese sind zur Untätigkeit verdammt, da die Alliierten noch keine Verfügung über sie getroffen haben. Persner stellt nunmehr die Forderung, alle diese Schiffe sofort in deutschen Dienst zu stellen, um Rohmaterial zu beschaffen, und fertige Handelsprodukte auszuführen. Auch wünscht er, daß die auf die Entschädigungen Bezug habenden Klauseln dahin abgeändert werden sollen, Deutschland zu gestatten, neue Schiffe für jene zu bauen, die durch deutsche A-Boote versenkt wurden.

Schulzport verboten

Berlin, 26. April.—Das Wirtschaftsministerium hat wegen der unerwünschten Preise der Schuhe und Stiefel beschlossen, ein Ausfuhrverbot auf dieses Fußzeug zu erlassen, jedoch soll dem Import von Schuhschleider keine Grenzen gesetzt werden.

Protestantische Kirche dankt Ex-Kaiser

Berlin, 26. April.—Die General-synode der deutschen protestantischen Kirche hat in ihrer Schlusskonferenz dem Ex-Kaiser Wilhelm als dem einflussreichsten Bischof der protestantischen Landeskirche ein Dankeswort abgestattet. Die Synode soll dem früheren Monarchen und dessen Gattin für deren bewiesenen praktischen christlichen Geist hohen Tribut, dabei auf die vielen Liebeswerke beweiend, die sie ihren Brüdern in Christo erwiesen haben.

Waffenlager aufgefunden

Paris, 26. April.—Wie die Zeitung Temps meldet, hat französische Kavallerie in dem östlich von Frankfurt gelegenen Canau eine Menge Waffen und Munition vorgefunden, die mit der Etikette „für die Westarmee“ versehen waren. Auch wurden mehrere auf Feldmäntel Bezug habende Pläne vorgefunden, laut welchen der Koblenz gegen Frankreich marschiert werden soll. Von der internationalen Kommission wurden in Königsberg, Hauptstadt der Provinz Ostpreußen, 250 Geheime vorgefunden.

Anfechtung in Oberfranken

London, 26. April.—In einem Gefecht, das sich zu Beginn der Oberfranken zwischen Arbeitern und französischer Soldaten, Bürgergarde und polnischen Gensdarmen abspielte, wurden zahlreiche Personen verwundet. Die Unruhen sind daraus bezuleiten, daß der französische Kommandant zu Beginn auf die Nachricht von großen Mengen verborgener Waffen eine Abteilung französischer Soldaten und Bürgergarde entsandte, die Vorrate zu beschlagnahmen. Die Arbeiter überwältigten diese Abteilung. Mit den eingetroffenen Verstärkungen kam es zu einem erbitterten Gefecht, das mit der Rettung der Arbeiter endete, nachdem sie bedeutende Verluste erlitten hatten. Die Abstimmungs-Kommission der Alliierten, die eine Vertretung zur Feststellung der Ordnung entsandte, hat eine ernsthafte Beschwerde über den Zwischenfall erhoben.

Alle Bahnen verstaatlicht

Berlin, 26. April.—Der Reichsrat hat den Plan der Regierung, alle Bahnen des Landes aufzukaufen, aufgegeben. Die zu diesem Zwecke ausgesetzte Summe beträgt vierzig Milliarden Mark; die hierfür zu zahlenden Zinsen belaufen sich jährlich auf vierzig Millionen Mark. Infolge der jämmerlichen Verfassung des Wahnsystems und der außerordentlich hohen Lohnforderungen der Bahnangestellten kann die Regierung vorläufig auf keinen Ueberfluß rechnen. Dr. Bell, Minister für Transportwesen, erklärt, daß

Carranza verkleinert Bedeutung der Revolte

Revolutionäre auf wenige Staaten beschränkt; Regierung wird energisch vorgehen.

Stadt Mexiko, 26. April.—Das Kriegsdepartement hat eine Uebersicht über die Lage seit dem Abfall Sonoras von der Carranzaregierung veröffentlicht. Darin wird gezeigt, daß die Zentralregierung die zwei Wochen seit der Revolution der Nordstaaten benutzt hat, die Einschließung des Rebellenstaates mit einem eisernen Ring vorzubereiten, während die sporadischen Ausbrüche in anderen Teilen des Landes mit starker Hand niedergehalten werden. Die lange Liste der Carranza treugebliebenen Staatsbeamten und Offiziere scheint anzudeuten, daß die Republik als Ganzes solide hinter der jetzigen Regierung steht. Das Kriegsamt behauptet, daß außer der Regierung von Sonora nur zwei Gouverneure von der Bundesregierung abgefallen sind; General Estrada in Zacatecas und Rubio in Michoacan. Beide werden mit wenigen Anhängern von lokalen Truppen verfolgt. Der Gouverneur von Sinaloa ist treugeblieben, und wehrt sich, so gut er kann, gegen die Sonoritanen.

Oregon ist verschwunden

Der Aufenthalt des Präsidentschaftskandidaten Oregon und seines Kampagnenführers Hill ist unbekannt. Man glaubt, daß beide nach dem Eintreffen der Nachricht von der Revolution über die Ozeane nach der Küste des Stillen Ozeans entflohen sind. Hill scheint etwas hinter Oregon zurückgeblieben zu sein, wahrscheinlich in der Hoffnung, die zerstreuten Banden von Japantisten in Porelos sammeln zu können; denn bei einem Schirmel in der Nähe von Mexiko, wo am 18. April die Regierungstruppen eine Rebellenarmee gestreut, fielen Briefe Hills mit der Aufforderung an die Regierungstruppen, sich den Rebellen anzuschließen, den ersten in die Hände. Das Kriegsamt behauptet, daß die dem General Gomez von dem Bundesgeneral Murguia in der Nähe der Delfelder von Tazom beigebachte Niederlage alle Gefahr für die Zentralregierung außerhalb Sonoras hinweggeräumt habe.

Geheimnisvoller Mord in Nord-Dakota

Dismarck, N. D., 26. April.—Die Weichen des Farmers Jacob Wolff, seiner Frau, seiner vier Kinder und seines Knechtes wurden von einem Nachbarn auf der Wolfischen Farm unweit Turle Lake aufgefunden. Wolff und eine Tochter lagen im Stalle; die Frau, die drei anderen Kinder und der Knecht in einem Saufen im Keller des Wohnhauses. Zahlreiche umherliegende leere Patronenhüllen zeigten an, daß zu mEil die Familie erschossen worden war. Es wurden keine Angelegenheiten gefunden, die auf einen stattgehabten Mord hindeuten. Das einzige dem Mordbad entnommene Glied der Familie war die jüngste einjährige Tochter, die halbverbrannt in einem Zimmer aufgefunden wurde. Wolff war ein wohlhabender Farmer von etwa 45 Jahren, der sich großer Beliebtheit bei seinen Bekannten erfreute. Das älteste Kind war 12 Jahre alt. Die Polizeibehörde verfolgt verschiedene Spuren, die auf den Mörder hinweisen scheinen. Eine doppelstaufige Schrotflinte wurde in einem Sumpf eine Meile nördlich der Farm gefunden. Fußdrücke im Schlamm deuteten an, daß ein Mann die Flinte in das Wasser geworfen hatte. Ein Paar blutgetränkter Lederhosen wurden in der Küche der Wolfischen Wohnung gefunden. Bei der amtlichen Leichenöffnung, die am Sonntag abgehalten wurde, hat sich herausgestellt, daß einige der Opfer mit einem Pfeil erschlagen und andere erschossen waren. Das Weib, mit dem die Tat verübt wurde, lag in der Küche. Ein benachbarter Farmer hat ausgelegt, daß er zwei verdächtige Subjekte von der Wolfischen Farm in nördlicher Richtung verschwunden sah.

Irische Gefangene wieder am Hungerstreik

London, 26. April.—Unter den 150 irischen Gefangenen im Bormwood Scrubbs Gefängnis sind seit Mittwoch eine große Anzahl am Hungerstreik als Protest gegen ihre Haft ohne Anklage und ohne Verhör. Ein Gefangener wurde am

Sen. Copper erklärt U. S. für Räuberhöhle

Macht sammlende Regierungsbeamte für den Profitwucher verantwortlich; sollten abtreten.

Washington, 26. April.—Am Samstag hielt Senator Copper, Republikaner, Kansas, eine gepfeiferte Rede im Senat gegen die Profitwucherer, in welcher er sagte, daß die Vereinigten Staaten zu einer Räuberhöhle geworden seien und verlangte, daß die Regierungsbeamten zur Durchführung der Gesetzgebung ihre Aufgabe nicht gewachsen seien, resignieren und Reuten Platz machen sollten, die die Gesetzgebung durchführen könnten.

Zudem erklärte, daß der Beweis des Profitwuchers in Prozentagen des Gewinnes zu finden sei, führte er aus, daß in einem Jahre das Bruttoeinkommen amerikanischer Korporationen von 35 Billionen auf 81 Billionen angewachsen sei und las dem Senat eine lange Liste von Unternehmen vor, deren Profit von 20 Prozent bis auf 200 Prozent geschätzt würde.

„Die Melonenbete Wall Streets“, sagte Copper, „von der Sonne der Vorrechte erwärmt, von dem Schweiß der Arbeit befeuchtet, von den Thränen der Armut bewässert, werden in diesem Jahre eine mühselige Ernte liefern, ungeachtet von der Dürre der Einkommensteuer, während man das Volk treibt, die Sohlen früh zu kaufen um etwas weniger bezahlt zu werden, einen fleischlosen Tag in der Woche zu halten und Kriegspatrouillen zu kaufen, damit die Vereinigten Staaten mit einem 6 Billionen Fuß leben können.“

Die freudige Herausforderung liegt augenblicklich in der Jüderpekulation, die direkt unter den Augen des Justizdepartements stattfindet. Seit Jahren hätten die Jüderinteressen die amerikanischen Staatsbanken offen und schamlos während der Einmischung derabaut.

Copper brandmarkte das Vortreiben der Profitgier, die Soldatenprämiem durch eine Verkaufssteuer auf das Volk abzumähen und stellte einen Antrag in Aussicht, die Aktiendividenden und Ueberprofite zum Aufbringen dieser Steuer heranzuziehen.

Zunderhändler verhaftet

Benicolas, Fla., 26. April.—Sol und Vagare Conin, Kleinbändler, wurden unter der Anklage verhaftet, die Leber Aste durch Preisverhöhung auf Zucker verlegt zu haben. Gegen neun andere Händler sind Haftbefehle ausgestellt worden.

Kohlengräber haben Forderungen ermäßigt

New York, 26. April.—Die Vertreter der Hartkohlenräber im Komitee der Bergleute und der Zechenbesitzer, wo über einen neuen Lohn-Kontrakt für die Hartkohlenfelder verhandelt wird, haben eine Beschränkung ihrer Lohnforderungen um etwa 50 Prozent und ihrer Forderungen auf verkürzte Arbeitszeit aufgehoben. Die Bergleute beanpruchten ursprünglich eine Lohn-erhöhung von 60 Prozent für Kontraktarbeiter und eine solche von 82 Prozent für andere Arbeiter. Sie fordern jetzt eine Erhöhung, wie sie für die Kohlenräber von der Kohlenkommission des Präsidenten gewährt worden ist. Diese belief sich auf 30 Prozent für Kontraktarbeiter und 41 für Tagelöhner. Anstatt des anfänglich verlangten Sechshunderttages haben die Arbeiter einem Achtstundentag für alle Arbeiter zugestimmt, mit einem Ertrahen von 50 Prozent für Ueberstunden und doppelte Bezahlung für Sonn- und Feiertage.

Mullen erklärt das Wahl-Resultat

Sagt, das Volk will nichts von militärischen Kandidaten und der Bülkerliga wissen.

Der unterlegene demokratische Kandidat für das Amt eines Mitgliedes des Nationalkomitees Arthur Mullen von Omaha, hat seine Ansicht über den Ausfall der Wahl in folgenden Worten geäußert: Der Ausfall der Primärwahlen zeigt deutlich an, daß die Bande der Partei den Durchschnittswähler nicht zu halten vermögen. Die Ergebnisse zeigen, daß ungefähr ein Drittel Derjenigen, die sich früher Demokraten nannten, sich an der republikanischen Primärwahl beteiligten. Hunderte von sogenannten Republikanern, namentlich Frauen, gingen in die demokratischen Primärwahlen. Dieses Ueberkreuzen der Parteigrenzen auf beiden Seiten war hinreichend zur Verhinderung des Resultates.

Dies gilt besonders von jenen Townships, deren Bewohner deutscher Abstammung sind. Dieser Umkehrung der deutschen Stimmen, im Verein mit der Tatsache, daß die Stimmen der Nonpartisan Liga im allgemeinen der republikanischen Vorwahl zuliefen, erklärt die große Zunahme der republikanischen Stimmen. Der Apell an diejenigen republikanischen Frauen, die radikale Prohibitionisten sind, besog eine große Anzahl derselben, in die demokratische Primärwahl zu kommen.

Die Wirkung dieses Ueberkreuzens der Parteigrenzen wird weitreichend und wichtig sein. Was das Endresultat sein wird ist eine Sache der Spekulation. Wenn die Demokraten republikanische Kandidaten nominieren, ist alle Parteigehörigkeit und Parteiverantwortlichkeit zu Ende. Ich bin gegen diese Demoralisation des Regierungsplanes durch Parteien durch diejenigen, welche wieder in den Kandidaten noch der Politik der Partei interessiert sind.

Das Resultat zeigt klar, daß die Wähler im allgemeinen gegen die militärischen Kandidaten sind. Aus der Abstimmung geht ferner hervor, daß eine isenauerzte, anrollende Opposition gegen die Bülkerliga vorhanden ist. Die Stimmen für den Senator Johnson, der einer der Unberühmtesten ist, beweist eine starke Opposition gegen eine Bülkerliga mit oder ohne Vorbehalt. Die Tatsache, daß Senator Hitchcock und seine Freunde energisch für eine Liga eintraten und es mit dem Präsidenten hielten, war eine wichtige Grund für alle Gegner der Bülkerliga, in den republikanischen Primärwahlen zu stimmen.

Ich bin den vielen Freunden dankbar, die mich in der Primärwahl unterstützten. Ich bin dankbar für die Mitwirkung und Hilfe, die ich von den treuen Demokraten des Staates in den vorigen Kampagnen erhalten habe.

Magyaren-Revolte in Jugo-Slavien

Belgrad, 26. April.—Nach einer Botchaft von Subotitsa, im Distrikt Lorenta, der früher zu Ungarn gehörte, ist hier am 19. April eine Revolte der Einwohner ausgebrochen. Ein Volkshaufe griff die städtischen Polizeiwachen an, tötete zwei derselben und verbrannte fünf andere. Die Unruhen wurden erst am nächsten Morgen um 3 Uhr unterdrückt. Man glaubt, daß die Revolte von einigen hundert Magyaren, die eine irredentische Propaganda machten, in Szene gesetzt wurde. Diese Agitatoren sollen mit der Soviet-Liga von Budapest zusammenhängen, die für den ungeländerten Besitzhand Ungarns arbeitet.

Gomperz macht seinen Stand nochmals klar

Cleveland, O., 26. April.—Samuels Gomperz hat an die organisierte Arbeit die Aufforderung gerichtet, gegen alle Kandidaten zu stimmen, die den besten Interessen der Arbeit feindlich gegenüberstehen, ohne Rücksicht auf Parteigehörigkeit zu nehmen. Er betonte die Leberakte, die Kampagne für Ermäßigung der Lebensansprüche, den Eisenbahnerstreik und die verschiedenen unabhängigen Arbeiterparteien und wiederholte seine Versicherung über den unparteiischen Stand der Arbeiterföderation in einer längeren Rede. Während er den Weichenhändlerstreik scharf angriff, erklärte er seine Zustimmung

San Remo Konferenz klingt harmonisch aus

Deutschland soll 30 Jahre hindurch jedes Jahr mindestens drei Milliarden Goldmark zahlen; es bleibt bei 100,000 Mann.

Der Staaten Mandat über Armenien angeboten

San Remo, 26. April. (United Press).—Die San Remo-Konferenz der Premier, die vor einer Woche in so mühsamer Weise eröffnet wurde und von welcher viele Beobachter behaupteten, daß sie unverbesserter Sache auseinander gehen würde, dürfte morgen in harmonischer Weise abschließen. Wenigstens auch nicht alle auf der Tagesordnung stehenden Geschäfte erledigt worden sind, so hat man sich doch auf die Hauptpunkte geeinigt, so daß die nächsten Monat in Paris stattfindende Konferenz die noch vorliegenden Arbeiten schnell und leicht erledigen können.

Der Oberste Rat hat gestern beschlossen, das Mandat über Armenien den Ver. Staaten anzubieten. Sollten sie aber das Anerbieten ablehnen, dann wird der Rat den Präsidenden Wilson erlauben, die Grenzen der neuen Republik festzustellen und zu bestimmen, ob der Distrikt Erzerum an Armenien fallen oder türkisch bleiben soll.

Das Mandat über Palästina fällt an England; Frankreich wird die Grenze zwischen Syrien und Palästina bestimmen; hierbei handelt es sich namentlich darum, ob der obere Jordan innerhalb der syrischen Grenze liegen soll.

Deutschlands Gehalt abgewiesen

Paris, 26. April.—Eine von den Vertretern Frankreichs, Großbritanniens, Italiens und Belgiens gemeinsam erlassene Erklärung verurteilt das Gehalt Deutschlands, anstatt 100,000 Mann 200,000 unter Waffen halten zu dürfen. Auch wird gesagt, es sei nötig, die von Deutschland zu zahlende Entschädigungssumme später festzusetzen, und daß die Bestimmungen des Friedensvertrages ausgeführt werden müßten, widrigenfalls die Alliierten zu Zwangsmaßnahmen greifen würden. Bertinard, Sekretär des französischen Sachverständigen der Alliierten, erklärte, daß Deutschland während der nächsten 30 Jahre alljährlich wenigstens drei Milliarden Goldmark zu entrichten haben; sobald sich die wirtschaftliche Lage Deutschlands bessert, soll die Jahressumme erhöht werden.

Ver. Staaten überrascht

Washington, D. C., 26. April.—Die Meldung, daß der Oberste Rat das Mandat über Armenien angetragen und Präsident Wilson zu erlauben, die Grenze dieser neuen Republik zu bestimmen, hat in diesem Regierungskreis Ueberraschung hervorgerufen. Es wird darauf

zu gesetzlichen Streiks, die er für in einzelnen Fällen unumgänglich notwendig hielt. Die Kommunisten-Gehgehungen wurden wegen ihrer Anti-Streit- und Dividenden-garantie-Klausel, angegriffen.

Banditen-Laufbahn nimmt blutiges Ende

Chicago, 26. April.—Die Banditenlaufbahn des notorischen Harry James ist zu einem feiner würdigen Abschluß gekommen. James war verhaftet worden und sollte in einer Distriktpolizeistation auf Waffen durchsucht werden. James eröffnete ein Revolvergefecht mit den anwesenden sechs Polizisten, schlug das Glas in der Tür ein und entkam auf die Straße, von Polizisten verfolgt. Zu Fliehen verunbete er zwei Polizisten, wurde aber, nachdem seine Munition erschöpft war, und stark bald nachher. Die Untersuchung ergab, daß er Beute im Wert von über \$100,000 versteckt hatte. Ein privates Lagerhaus mit einer geheimen Kellertammer war mit gestohlenen Sachen gefüllt. James hatte ein vollständiges Verzeichnis aller reichen Chicagoer, seiner geplanten Opfer. Die Polizei fand einen Vorrat von Kleidungsstücken, mit der Aufsicht „Senator Vorgriff, erklärte er seine Zustimmung

Kommunisten-Verhör vor Sekretär Wilson

Washington, 26. April.—Arbeitssekretär Wilson hat nach einer Befehlschicht, die den ganzen Samstag andauerte, die Frage in weitere Erörterung gezogen, ob die Zugehörigkeit zur Arbeiterpartei an und für sich einen verfassungsmäßigen Grund für die Ausweisung von Ausländern bilde. Während der Vernehmung erregte der Anwalt Edwinburne Dale großes Aufsehen durch die Wiederholung einer angeblichen Versicherung des Bundesrichters Anderson von Boston, daß die Regierung einen Teil der Kommunistenpartei in diesem Lande führe. Der Justiz-Departements-Agent J. E. Hoover erklärte die Behauptung des Bostoner Richters für „eine unentbehrliche Entstellung der Tatsachen.“ Gegen Hoovers Behauptung, daß ihm kein Justizagent bekannt sei, der jemals als provozierender Agent aufgetreten sei, produzierte Dale einen Brief mit der Unterschrift J. E. Burke von der Untersuchungsabteilung des Justizdepartements, der am 27. Dezember 1919 vor dem Beginn der Treibjagd auf die Radikalen an einen Agenten in Boston geschickt war. In diesem Briefe wurde der 2. Januar als der Tag für den Beginn des Kesseltreibens festgelegt, und der Agent angewiesen, „mit seinen besten Bekannten zu arrangieren, daß die Kommunistenpartei und die kommunistische Arbeiterpartei an dem gemeinsamen Tage Versammlungen halten.“ Dadurch würden, natürlicher Weise, die Verhaftungen erleichtert werden.

Mit umfangreicher kommunistischer Literatur bedaffnet, bemühte sich Hoover durch Verlesen langer Auszüge die Verwandtschaft zwischen der kommunistischen Arbeiterpartei und der dritten Internationalen nachzuweisen. Unter der Behauptung, daß John Reed, der wegen Verbrüderung mit den Bolschewiki in Abo, Finnland, festgehalten werde, der Begründer der kommunistischen Arbeiterpartei sei, erklärte Hoover die Partei für „eine Bande ausländischer Salsobändner, die in dieses Land gekommen seien, um die Regierung gewalttätig zu stürzen.“ Ueber 50 Prozent der Einkünfte hinter den letzten Streiks, erklärte Herr Hoover, seien nachweislich den kommunistischen Organisationen zugeflossen.